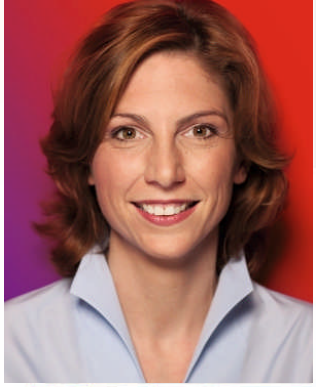

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich hoffe, ihr habt schöne und friedliche Ostertage im Kreise eurer Lieben verlebt.
Die nächsten Wochen stehen nun im Zeichen des Kommunal- und Europawahlkampfes!
Am 25. Mai 2014 wird gewählt und wir sollten für eine hohe Wahlbeteiligung werben!
Ich selbst kandidiere erneut für den Kreistag in Altenkirchen und erstmals für den Verbandsgemeinderat in Hamm. Diese Verbundenheit mit der Kommunalpolitik und unserer Heimat ist mir sehr wichtig!
Gerade auch für die politische Arbeit in Berlin!
Also, auf in die nächsten 4 Wochen zum Wahlkampf!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma02@bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler.ma01@bundestag.de

Topthema

Mehr Verkehr – Mehr Geld – Kluge Planung!

Gute Infrastruktur braucht nicht nur ausreichend finanzielle Mittel für Erhalt und Ausbau, sondern auch kluge Planung, die die Mobilität von Menschen und Gütern, bei gleichzeitiger Verringerung des Verkehrslärms und dem Schutz der Umwelt sicherstellt.
Deutschland ist mit seiner zentralen Lage in Europa und seiner Wirtschaftskraft eine Drehscheibe für Verkehr, der Menschen und Güter bewegt. Es ist auch eines der wichtigsten und stärksten belasteten Transitländer.
Die EU hat mit der so genannten TEN-Richtlinie transeuropäische Korridore festgelegt, die auch mithilfe von EU-Geldern ausgebaut werden müssen, damit der transeuropäische Verkehr reibungsloser läuft. Sechs von neun dieser Korridore verlaufen durch Deutschland.
Mit unserer bisherigen Verkehrsplanung können wir diese Herausforderungen nicht mehr meistern. In der vergangenen Wahlperiode hat unsere Bundestagsfraktion im Rahmen ihres Projektes Infrastrukturkonsens Vorschläge für eine neue Infrastrukturplanung unterbreitet.
Diese Ansätze finden sich in der Grundkonzeption für den neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 wieder, die der Verkehrsminister nun vorgelegt hat. Kern dieser Neukonzeption ist ein nationales Prioritätenkonzept, das transparent und unter frühzeitiger und umfassender Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern erstellt wird.
Der zukünftige Bundesverkehrswegeplan wird eine Netzplanung beinhalten, die es ermöglichen soll, die gesamtwirtschaftlich sinnvollen Verkehre zu bewältigen. 80 Prozent der Investitionsmittel für die Verkehrsinfrastruktur sollen künftig in diese Projekte fließen. Die konzeptionelle Bewältigung von Verkehr muss auch den Schutz der Anwohnenden vor Verkehrslärm beinhalten. Nur so kann die Akzeptanz von Verkehrsprojekten hergestellt werden. Deshalb werden wir die Mittel für den Lärmschutz an Bundesfernstraßen und an den Schienenwegen erhöhen.

International

Ukraine – Schnelle und nachhaltige Reformen nötig!

Die anhaltende Zuspitzung der Lage im Osten der Ukraine darf nicht davon ablenken, dass es schneller und nachhaltiger Reformen bedarf, um die Ukraine vor dem Staatsbankrott zu retten, die Wirtschaft handlungsfähig zu halten und eine Verelendung der Gesellschaft zu verhindern.
Das wurde nach einem Besuch von Mitgliedern des Europaausschusses des Deutschen Bundestages in Kiew und Donezk deutlich.
Dazu muss zunächst mit allem Nachdruck das unvorstellbare Maß an Korruption beendet werden. Wenn die EU mit Hilfen von insgesamt elf Milliarden Euro und der Internationale Währungsfonds (IWF) mit weiteren Mitteln den Staatsbankrott vermeiden helfen, dann müssen auch die Oligarchen, die unter zweifelhaften Umständen persönliche Milliardenvermögen angehäuft haben, nicht nur an der politischen, sondern gerade auch an der finanziellen Sanierung des Landes beteiligt werden.
Das alte Regime Janukowitschs hat sich mit dem Griff in die Staatskassen persönlich mit einem hohen zweistelligen Milliardenbetrag bereichert.
Dieses Vermögen muss aufgespürt und dem Staatshaushalt wieder zugeführt werden.

Durch schnelle Parlamentswahlen muss erreicht werden, dass es einen wirklichen Neuanfang gibt ohne diejenigen, die bereits früher Teil der herrschenden Klasse waren. Ein Teil der alten politischen Klasse hat sich das Land und seine Menschen zur Beute gemacht.
Aufgrund seiner Bodenschätze, seiner Landwirtschaft, seiner Industrie und dem vergleichsweise hohen (Aus-) Bildungsstand der Menschen hätte das Land eigentlich gute Chancen zur Entwicklung.
Aber nur dann, wenn die kriminelle Ausbeutung schnell beendet wird.

Verkehr

Fluglärm – Akteure vor Ort müssen mitentscheiden!

Das Europäische Parlament hat nun neue Vorschriften zu Lärmbeschränkungen an Flughäfen beschlossen.
Wir begrüßen es, dass Nachtflugverbote weiterhin nicht in Brüssel, sondern mit den Behörden und Akteuren vor Ort entschieden werden sollen und dass die überarbeitete Verordnung neuen Auflagen zur Lärmminderung an den Flugzeugen vorsieht, so dass langfristig besonders laute Flieger ausgemustert werden müssen.
Fluglärm ist ein grenzüberschreitendes Problem, deshalb sind EU-weite Regelungen wichtig. Es ist aber ebenso wichtig, dass lokale Behörden, die die Situation vor Ort kennen, die Strategien zur Lärmminderung und gegebenenfalls nötige Fluglärmbeschränkungen beeinflussen können.
Deshalb freuen wir uns, dass sich das Europäische Parlament gegenüber der EU-Kommission durchgesetzt hat und Betriebsbeschränkungen künftig vor Ort endgültig entschieden werden. Da die Menschen, die in der Nähe eines Flughafens wohnen, wesentlich besser in der Lage sind, die Belastung durch Fluglärm zu bewerten, sollen in Zukunft lokale Behörden und andere Akteure vor Ort besser miteinbezogen werden, wenn es darum geht Fluglärm zu verringern und entsprechende Schutzmaßnahmen zu ergreifen.
Außerdem wird die Entscheidung über lokale Lärmschutzauflagen offener und transparenter. Ziel der Neuregelung ist auch, dass die Fluglärmreduzierung auf objektiven und messbaren Kriterien basiert. Wir begrüßen daher den Beschluss des Europäischen Parlaments.
Als eine weitere Verbesserung freuen wir uns, dass das Parlament den Gesundheitsschutz endlich europaweit explizit im Text verankert hat.
So spielt künftig bei der Entscheidung, welche konkreten Maßnahmen zur Lärmminderung zu treffen sind, die Gesundheit der Anwohner ebenso eine Rolle wie wirtschaftliche Aspekte. Die überabeitete Verordnung übernimmt die internationalen Vorgaben des so genannten ausgewogenen Ansatzes in Europäisches Recht.
Dieses im Rahmen der Internationalen Zivilluftfahrt Organisation (ICAO) beschlossene Stufenverfahren zur Lärmreduzierung sieht neben lärmbedingten Betriebsbeschränkungen und einer intelligenten Landnutzungsplanung betriebliche Lösungen vor, zu denen die sogenannten Senkanflüge zählen sowie Lärmminderungen direkt am Flugzeug. Langfristig werden daher besonders laute Flieger ausgemustert werden müssen. Nach der Abstimmung im Europäischen Parlament tritt die Verordnung mit einer Übergangszeit von zwei Jahren sowie einer weiteren Mediationszeit von einem Jahr direkt in Kraft, da sie zuvor bereits mit den Mitgliedsstaaten der EU abgestimmt war.

Bildung

Berufliche und akademische Bildung - Zusammenarbeiten!

Der Wissenschaftsrat hat jetzt Empfehlungen zur Gestaltung des Verhältnisses von beruflicher und akademischer Bildung vorgestellt.
Es werden insbesondere bessere Übergangsmöglichkeiten zwischen beruflicher und akademischer Bildung eingefordert. Wir freuen uns über diese Empfehlung. Unsere Bundestagsfraktion begrüßt die ausgewogene und differenzierte Stellungnahme zum Verhältnis beruflicher und akademischer Bildung. Die Betonung der „funktionalen Balance“ zwischen beiden wird von uns ausdrücklich unterstützt.
Warnungen vor einer „ungebremsten Akademisierung“, wie sie von konservativer Seite an die Wand gemalt werden, gehen ins Leere. Die Vorschläge des Wissenschaftsrats zeigen praktische Verbesserungsmöglichkeiten für den Ausbau der Balance zwischen beruflicher und akademischer Bildung im Sinne der Gleichwertigkeit auf.

Dabei werden Schlüsselstellen definiert, die jetzt umgesetzt werden müssen:
a) die Ausweitung von Berufsorientierung,
b) die Stärkung von Beratungsstrukturen on- und offline,
c) die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte,
d) die Etablierung von angepassten Studienbedingungen für beruflich Qualifizierte,
e) die Anrechenbarkeit beruflicher Kompetenzen beim Studium,
f) die Unterstützung von StudienabbrecherInnen in die berufliche Bildung,
g) die Stärkung hybrider Ausbildungsgänge, die berufspraktische und akademische Ausbildungsphasen vereinen und
h) der Ausbau regionaler Kooperationsplattformen von Schulen, Hochschulen, Kammern, Betrieben und Agentur für Arbeit.

Es ist notwendig, auf allen Ebenen zusammenzuarbeiten, von der Politik über die Berufsbildner und die Hochschulen. Das gilt auch für die neuen Ideen der hybriden Ausbildungsgänge und regionale Kooperationsplattformen.
Die neue Allianz für Aus- und Weiterbildung ist dringend notwendig, um die Ausbildungsgarantie praktisch umzusetzen, die Qualität und den Erfolg der beruflichen Bildung zu stärken und damit den Fachkräftenachwuchs für die Zukunft zu sichern. Scheinkonkurrenzen und aufgebauschte Gegensätze zwischen beruflicher und akademischer Bildung helfen da nicht weiter.
Wir brauchen beide, denn wir brauchen alle.

Berufsbildungsbericht – Wir wollen eine Ausbildungsgarantie!

Der nun im Kabinett beschlossene Berufsbildungsbericht 2014 zeigt, dass die berufliche Bildung in Deutschland im internationalen Vergleich ein Erfolgsmodell ist. Allerdings gilt es, einige Hausaufgaben zu machen.
Mit 530.715 Verträgen ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2013 auf einen historischen Tiefstand gefallen. Zum Stichtag 30. September 2013 suchten noch über 83.000 Jugendliche akut einen Ausbildungsplatz, während gleichzeitig noch 33.500 offene Plätze gemeldet waren. Zugleich sank die Ausbildungsbetriebsquote auf 21,3 Prozent. Kleine und mittlere Unternehmen ziehen sich zunehmend aus der Ausbildung zurück.
Unsere Bundestagsfraktion setzt sich im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung für eine Ausbildungsgarantie ein. Wir appellieren an die deutsche Wirtschaft, wieder mehr Ausbildungsplätze bereit zu stellen. Gerade leistungs-schwächeren Jugendlichen muss dabei eine Chance gegeben werden. Unsere Zielrichtung ist klar: Wir werden keinen Jugendlichen zurück lassen!

Bonbon

„Lasst Frank-Walter Steinmeier Außenminister sein, wenn es ihn glücklich macht – alle wichtigen Termine macht ja Angela Merkel.”

(Peter Tauber, CDU-Generalsekretär)

Termine

25.04.14	**18.00 Uhr**	**„Aktiv in die heiße Phase“ Bürgerhaus Fensdorf**
01.05.14	**11.00 Uhr**	**DGB-Kundgebung Kulturwerk Wissen**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**